

E-Mail-Newsletter

21. April 2010

Liebe Mitglieder und Interessierte,

die Inhalte des 156. E-Mail-Newsletters:

1. E-Petition gegen Residenzpflicht

Bis zum 27. April können alle Bürgerinnen und Bürger eine E-Petition an den Bundestag gegen die räumliche Bewegungseinschränkung von Asylsuchenden unterstützen. Inzwischen haben fast 9.700 Menschen die Petition unterzeichnet.

2. Kampagne gegen Abschiebungen: Deportation Airpark

Die Kundgebung gegen Abschiebung findet am 8. Mai, 14 Uhr, auf dem Friedrichsplatz in Karlsruhe statt. Siehe auch unter "Termine".

3. Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen fordern Abschiebungsschutz von Roma

Anlässlich des Internationalen Tages der Roma haben Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen für Roma einen rechtmäßigen Aufenthalt aus humanitären Gründen für Roma gefordert.

4. Deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen unterzeichnet

Seit längerer Zeit wurde es bereits angewendet. Und seit 14. April haben die Abschiebungen von Roma ins Kosovo durch die Unterschrift der zuständigen Minister unter das Abkommen eine rechtliche Grundlage. Das wird vermutlich auch der Freiburger Oberbürgermeister Salomon gerne hören, der sich in einem Schreiben an Ministerpräsident Mappus über den "massiven Zustrom" von Flüchtlingen aus dem Kosovo beklagt hat.

5. BMI verlangt mehr Zurückhaltung der Länder bei Abschiebungen von Roma aus dem Kosovo

Bereits Mitte Februar hat das Bundesinnenministerium die Innenminister der Länder gebeten, bei der Anmeldung von Roma aus dem Kosovo zur Abschiebung zurückhaltender zu sein.

6. Statistik: BMI legt Zahlen für März 2010 vor

2.673 Asylerstanträge wurden im vergangenen Monat gestellt, eine Steigerung von 34 % gegenüber März 2009.

7. Urteil: Humanitäre Aufenthaltserlaubnis beseitigt Sperrwirkung einer Ausweisung nicht vollständig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hatte in der vergangenen Woche die Frage zu klären, inwieweit die Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis die gesetzlich angeordnete Sperrwirkung einer Ausweisung beseitigt. Geklagt hatte eine aus Ghana stammende Frau, die 2003 wegen verschiedener Verstöße gegen das Ausländerrecht ausgewiesen worden war. Sie hatte nach der Geburt ihrer Kinder, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nur eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erhalten.

8. Verwaltungsgerichte müssen sich immer seltener mit Asylverfahren beschäftigen

Zwar ist die Zahl der Verfahren insgesamt gegenüber 2008 fast gleich geblieben, aber die Zahl der Klagen, die das Asylrecht betreffen, hat sich gegenüber 2006 fast halbiert.

9. BAG Asyl in der Kirche gibt Materialien für den 20.06.2010 heraus

Die BAG Asyl hat für den 20. Juni, dem internationalen Flüchtlingstag, Materialien für einen Tag der Fürbitte und des Gedenkens an die Toten an den Grenzen der EU herausgegeben.

10. "Europa lässt einsperren" - Bericht von Gabriele del Grande über libysche Gefangenenlager

Im amnesty-Journal Februar 2010 berichtet Gabriele del Grande über Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht südlich von Lampedusa festgenommen und von italienischen Patrouillen nach Libyen zurückgedrängt worden sind.

11. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

12. Termine

Mit herzlichem Gruß
Reiner Klass

1. E-Petition gegen Residenzpflicht

Bis zum 27. April können alle Bürgerinnen und Bürger eine [E-Petition an den Bundestag gegen die räumliche Bewegungseinschränkung von Asylsuchenden](#) unterstützen. Inzwischen haben fast 9.700 Menschen die Petition unterzeichnet.

Zwar liegt die Petition derzeit mit weitem Abstand vorn, was die Zahl der UnterzeichnerInnen anbelangt. Dennoch ist es noch ein weiter Weg: 50.000 Unterzeichner sind notwendig, damit sich der Bundestag mit der Petition befasst!

Der Text der Petition lautet:

"Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass die "Residenzpflicht" (Asylverfahrensgesetz (AsylVfG) § 56 und §85 Punkt 2.) abgeschafft wird, die es Asylbewerber/-innen und geduldeten Flüchtlingen verbietet, ihren Meldelandkreis ohne behördliche Ausnahmegenehmigung zu verlassen."

Begründung

Die Residenzpflicht, also das Verbot, den Meldelandkreis ohne behördliche Ausnahmegenehmigung zu verlassen, stellt für viele Betroffene eine enorme Einschränkung dar, der sie teilweise viele Jahre lang unterliegen. Das liefert sie der Willkür der Behörden aus, die über die Ausnahmegenehmigungen zu entscheiden haben. Viele setzen sich dann notgedrungen über das Verbot hinweg, was zu Prozessen, Geld- und Gefängnisstrafen führt, da Verstöße gegen die Residenzpflicht im Wiederholungsfall als Straftat gelten. Dabei nehmen sie nur wie wir alle ganz selbstverständlich ihr Recht aus Artikel 13 (1) der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Anspruch, sich innerhalb des Landes frei zu bewegen. Der Besuch von Freunden, Verwandten und des Nachbarortes sollte möglich sein, ohne einen "Urlaubsschein" bei der Ausländerbehörde beantragen zu müssen, der von den Behörden oft abgelehnt wird."

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterstützt diese Petition ausdrücklich. Das Recht auf Freizügigkeit, sich ohne vorherige Erlaubnis durch Behörden, frei bewegen zu können, ist ein unveräußerliches Menschenrecht, welches so innerhalb der Europäischen Union nur in Deutschland eingeschränkt wird.

Diese Einschränkung hat weitreichende Folgen für noch nicht anerkannte Flüchtlinge.

Es werden insgesamt mindestens 50.000 Unterschriften benötigt, damit sich der Petitionsausschuss des Bundestages mit den Forderungen öffentlich befassen muss. Bislang haben sich schon fast 7.000 Menschen angeschlossen.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg fordert deshalb alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, sich an der Online-Petition direkt zu beteiligen.

2. Kampagne gegen Abschiebungen: Deportation Airpark

Bereits mehrfach haben wir auf die schwierige Situation der Roma hingewiesen, die in Deutschland nur geduldet und seit letzten Sommer von Abschiebung bedroht sind. Zuletzt hatte der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg gemeinsam mit Caritas und Diakonie dem Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags eine Petition für ein Bleiberecht der Roma übergeben. Auch den Oster-Appell für ein humanitäres Bleiberecht der Roma-Flüchtlinge hat der Flüchtlingsrat unterzeichnet (siehe Punkt 3 dieses E-Mail-Newsletters). Leider blieben alle diese Aktionen ohne Erfolg. Die Bundesregierung und Länderinnenminister bleiben bei ihrer Einschätzung und schieben Roma weiterhin in den Kosovo ab. Vor kurzem wurde das Rückübernahmeabkommen mit dem Kosovo endgültig unterzeichnet. Der Petitionsausschuss hat uns darüber informiert, dass unserer Petition nicht abgeholfen werden kann.

Ein breites Bündnis plant bereits seit einigen Wochen eine zentrale Demonstration gegen die Abschiebung von Roma in Karlsruhe. Der Aufruf wurde mittlerweile von über 70 Organisationen unterzeichnet, unter ihnen auch einige Flüchtlingsräte und PRO ASYL. Wir würden uns freuen, wenn auch Sie sich an der Demonstration beteiligen können und auch in Ihren Kreisen über die Demonstration informieren würden.

Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen am 8. Mai 2010, 14:00 Karlsruhe

Friedrichsplatz / Erbprinzenstraße

Weitere Infos unter: www.deportationairpark.blogspot.de

3. Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen fordern Abschiebungsschutz von Roma

Anlässlich des Internationalen Tages der Roma haben Bundestagsabgeordnete und Menschenrechtler/innen für Roma einen rechtmäßigen Aufenthalt aus humanitären Gründen für Roma gefordert.

In einem [Oster-Appell](#) haben sich die Unterzeichner an die Innenminister von Bund und Ländern gewandt und die Beendigung von Abschiebungen ins Kosovo gefordert. Als Erstunterzeichnende haben Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich am Internationalen Tag der Roma erklärt: "Die Situation im Kosovo hat sich nach dem Krieg für die Minderheiten immer noch nicht grundlegend verändert. Noch immer droht den Roma im Kosovo und in anderen Regionen des Balkans Anfeindung und Diskriminierung. Eine Rückkehr in Würde ist nicht möglich. Außerdem sind viele in die Bundesrepublik geflohene Roma bei uns mittlerweile gut integriert - obwohl ihnen jahrelang ein Aufenthaltstitel verwehrt blieb. Diese bereits angelaufenen Abschiebungen zerstören den Zusammenhalt und das Glück vieler Familien, sie zerstören die beruflichen Perspektiven besonders der jungen Leute, für die diese Abschiebung die erste Vertreibung ihres Lebens ist."

Mit dem Oster-Appell, den auch Angelika von Loeper für den Flüchtlingsrat Baden-Württemberg unterzeichnet hat, soll erreicht werden, dass die Abschiebungen gestoppt werden und Roma ein sicheres Aufenthaltsrecht erhalten. Der Flüchtlingsrat ist außerdem mit einer eigenen [Mitteilung an die Presse](#) gegangen.

4. Deutsch-kosovarische Rückübernahmeabkommen unterzeichnet

Seit längerer Zeit wird es ohnehin praktiziert. Seit 14. April haben die Abschiebungen durch die Unterschrift der zuständigen Minister unter das Abkommen eine rechtliche Grundlage.

Pro Asyl hat in einer [Pressemitteilung](#) gegen die Unterzeichnung protestiert und Roma-Abschiebungen als "unverantwortlich" bezeichnet. Nicht nur Nichtregierungsorganisationen, sondern auch hochrangige Vertreter der kosovarischen Regierung hätten des öfteren auf Schwierigkeiten hingewiesen, die durch Abschiebungen im Kosovo entstehen. Nun droht über 10.000 in Deutschland und ca. 1.100 in Baden-Württemberg lebenden ausreisepflichtigen Roma aus dem Kosovo die Abschiebung. Die Abschiebungen werden sich über Jahre einige hinziehen, da Deutschland weiterhin zusichert, max. 2.500 Menschen pro Jahr ins Kosovo abzuschieben.

Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon beklagt sich über "Zustrom" von Roma-Flüchtlingen: Ausgerechnet der OB der Stadt Freiburg, dessen Gemeinderat sich 2006 als einer der ersten mit einer Resolution für ein Bleiberecht von Roma ausgesprochen hat, hat sich in einem Schreiben an den Innenminister über den Zustrom von Flüchtlingen beklagt. Dies berichten die ["Stuttgarter Nachrichten"](#) am 20. April. Die Stadt hätte im Jahr 2010 bereits 113 Personen neu aufgenommen. 850 Roma würden bereits in Freiburg leben. Die Stadt sei logistisch und finanziell am Rand ihrer Möglichkeiten.

Am 27. April kommt das Thema nun erneut auf die [Tagesordnung des Gemeinderates](#). Eine [Kundgebung "Bleiberecht für Roma"](#) auf dem Rathausplatz ist zeitgleich angemeldet.

5. BMI verlangt mehr Zurückhaltung der Länder bei Abschiebungen von Roma aus dem Kosovo

In einem [Schreiben vom 16. Februar 2010](#) hat das Bundesinnenministerium die Innenminister der Länder aufgefordert, bei der Anmeldung von Roma aus dem Kosovo zur Abschiebung zurückhaltender zu sein. "Mir ist bewusst, dass wegen der jahrelang von UNMIK nicht zugelassenen Rückführung der Kosovo-Roma und der hieraus resultierenden hohen Zahl ausreisepflichtiger Personen vor allem die Wahrung eines angemessenen Verhältnisses der verschiedenen Ethnien bei der Stellung der Ersuchen jedenfalls einige Länder mittelfristig vor Schwierigkeiten führen kann", schreibt das BMI. Aus Gründen der "Außenwahrnehmung Deutschlands durch die Republik Kosovo, aber auch vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen und medialen Fokussierung auf das Thema 'Rückführung Kosovo'" sei es von besonderer Bedeutung, dass die von der Bundesregierung abgegebenen Zusagen eingehalten würden.

Diese Zusagen beinhalteten

- eine Beschränkung der Rückführungsersuchen auf 2.500 im Jahr,
- die Beachtung eines "angemessenen Verhältnisses der verschiedenen Ethnien" sowie
- eine geographisch gleichmäßige Verteilung der für die Abschiebung vorgesehenen Flüchtlinge auf die in Frage kommenden Gebiete in Kosovo.

6. Statistik: BMI legt Zahlen für März 2010 vor

2.673 Asylanträge im März 2010

Im März 2010 wurden beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2.673 Asylerstanträge gestellt. Die Zahl der Asylbewerber stieg im Vergleich zum Vormonat um 312 Personen (13,2 Prozent).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat März 2009 stieg die Zahl der Asylbewerber um 678 Personen (34,0 Prozent).

681 Personen erhielten im März 2010 die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach der Genfer Konvention (20,3 Prozent aller Asylentscheidungen). Zudem erhielten 247 Personen (7,3 Prozent) sogenannten "subsidiären Schutz" (Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 Aufenthaltsgesetz).

Die Zahlen im Einzelnen:

I. Aktueller Monat

Beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im März 2010 2.673 Personen (Vormonat 2.361 Personen) Asyl beantragt.

Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat um 312 (13,2 Prozent) gestiegen. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (März 2009: 1.995 Personen) ist die Zahl der Asylbewerber im März 2010 um 678 (34,0 Prozent) gestiegen.

Hauptherkunftsländer im **März 2010** waren:

Nr. Land	Januar	Februar	März
1. Afghanistan	469	471	408
2. Irak	552	461	379
3. Serbien	68	75	157

4. Kosovo	83	114	148
5. Iran	156	144	141
6. Türkei	112	90	134
7. Somalia	44	38	103
8. Syrien	84	74	93
9. Russische Föderation	92	106	89
10. Indien	56	60	78

Neben den 2.673 Erstanträgen wurden im März 2010 618 Folgeanträge beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge gestellt.

Im März 2010 hat das Bundesamt über die Anträge von 3.363 Personen (Vormonat: 3.016) entschieden.

Insgesamt 681 Personen (20,3 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 58 Personen (1,7 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 623 Personen (18,6 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i.V.m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Darüber hinaus hat das Bundesamt im März 2010 bei 247 Personen (7,3 Prozent) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz) festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 1.630 Personen (48,5 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 805 Personen (23,9 Prozent).

II. Laufendes Jahr

Für den Zeitraum Januar bis März 2010 ergeben sich folgende Zahlen:

In der Zeit von Januar bis März 2010 haben insgesamt 7.865 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (6.478 Personen) bedeutet dies eine Erhöhung um 1.387 Personen (22,4 Prozent).

Die Hauptherkunftsländer in der Zeit von **Januar bis März 2010**:

Nr.Land

1. Irak	1.444 Personen
2. Afghanistan	1.379 Personen
3. Iran	442 Personen
4. Kosovo	359 Personen
5. Türkei	338 Personen
6. Serbien	302 Personen
7. Russische Föderation	288 Personen
8. Syrien	259 Personen
9. Vietnam	230 Personen
10. Indien	195 Personen

Neben den 7.865 Erstanträgen wurden insgesamt 1.444 Folgeanträge gestellt.

Im Zeitraum von Januar bis März 2010 hat das Bundesamt 8.698 Entscheidungen (Vorjahr: 6.635) getroffen.

Insgesamt 1.672 Personen (19,2 Prozent) wurde die Rechtsstellung eines Flüchtlings nach dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 (Genfer Flüchtlingskonvention) zuerkannt. Darunter waren 149 Personen (1,7 Prozent), die als Asylberechtigte nach Art. 16a des Grundgesetzes anerkannt wurden, sowie 1.523 Personen (17,5 Prozent), die Flüchtlingsschutz nach § 3 des Asylverfahrensgesetzes i.V.m. § 60 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes erhielten.

Darüber hinaus hat das Bundesamt von Januar bis März 2010 bei 596 Personen (6,9 Prozent) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, 3, 5 und 7 des Aufenthaltsgesetzes (sog. subsidiärer Schutz) festgestellt.

Abgelehnt wurden die Anträge von 4.249 Personen (48,8 Prozent). Anderweitig erledigt (z.B. durch Verfahrenseinstellungen wegen Rücknahme des Asylantrages) wurden die Anträge von 2.181 Personen (25,1 Prozent).

Die Zahl der Personen, über deren Anträge noch nicht entschieden wurde, betrug Ende März 2010 23.477, darunter 19.384 Erstanträge und 4.093 Folgeanträge (Vormonat: 23.396 anhängige Verfahren, davon 19.372 Erst- und 4.024 Folgeanträge).

(Quelle: Pressemitteilung des BMI v. 13.04.2010)

7. Urteil: Humanitäre Aufenthaltserlaubnis beseitigt Sperrwirkung einer Ausweisung nicht vollständig

Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig hat am 14. April die bisher offene Frage geklärt, inwieweit die Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis die gesetzlich angeordnete Sperrwirkung einer Ausweisung beseitigt. Die Regelung über die Sperrwirkung in § 11 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) sieht u. a. vor, dass einem Ausländer, der ausgewiesen worden ist, kein Aufenthaltstitel erteilt werden darf. Abweichend von dieser Regelung kann einem Ausländer, der ausreisepflichtig ist, dessen Ausreise aber ohne sein Verschulden auf absehbare Zeit nicht möglich ist, aus humanitären Gründen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt werden (§ 25 Abs. 5 AufenthG).

Die Klägerin ist ghanaische Staatsangehörige, 39 Jahre alt und hält sich seit Mitte der 90er Jahre in Deutschland auf. Ihr Asylantrag wurde bestandskräftig abgelehnt. Wegen mehrerer Straftaten wurde sie 2003 ausgewiesen. Seit 2004 wurde sie förmlich geduldet. 2006 erhielt sie eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen, die mehrfach verlängert worden ist. Die Klägerin, die 2004 und 2007 zwei Kinder mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren hat, erstrebt eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung der Personensorge. Im Revisionsverfahren war zu klären, ob der Erteilung einer derartigen Aufenthaltserlaubnis die Sperrwirkung der Ausweisung entgegensteht oder ob die Sperrwirkung durch die Erteilung der Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen aufgehoben worden ist.

Der 1. Senat des Bundesverwaltungsgerichts hat die Revision der Klägerin zurückgewiesen. Er hat entschieden, dass die Erteilung einer humanitären Aufenthaltserlaubnis die Sperrwirkung einer Ausweisung nicht vollständig, sondern nur insoweit beseitigt, als es um die Erteilung weiterer Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären, völkerrechtlichen oder politischen Gründen geht. Die in § 25 Abs. 5 AufenthG vorgesehene Möglichkeit, trotz der Sperrwirkung einer Ausweisung eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, stellt nach der gesetzlichen Konzeption eine Ausnahme dar. Sie kann die grundsätzliche Sperrwirkung und die Notwendigkeit ihrer Aufhebung in einem besonderen Befristungsverfahren (§ 11 Abs. 1 S. 3 AufenthG) nicht in Frage stellen. Andernfalls stünde bei der Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 5 AufenthG nicht die Berücksichtigung humanitärer Gründe, sondern die Entscheidung über die generelle Aufhebung der Sperrwirkung im Vordergrund. Dies widerspricht der spezifischen Funktion der Vorschrift, einem Ausländer trotz etwaiger ordnungsrechtlicher Bedenken eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, weil er seiner Ausreisepflicht nicht nachkommen kann und ihm erspart werden soll, womöglich über Jahre lediglich geduldet zu werden.

Aus prozessualen Gründen war nicht Gegenstand des Verfahrens, ob die Ausländerbehörde gehalten war, auf den Antrag der Klägerin, ihr eine Aufenthaltserlaubnis aus familiären Gründen zu erteilen, zugleich über die Befristung der Sperrwirkung zu entscheiden. Das Bundesverwaltungsgericht hat allerdings darauf hingewiesen, dass angesichts der beiden Kinder der Klägerin und der ihr erteilten humanitären Aufenthaltserlaubnis eine Befristung der Sperrwirkung auch ohne vorherige Ausreise der Klägerin in Betracht kommt.

BVerwG 1 C 5.09 - Urteil vom 13. April 2010

Zur [Pressemitteilung](#) des Bundesverwaltungsgerichts und weiteren Infos.

8. Verwaltungsgerichte müssen sich immer seltener mit Asylverfahren beschäftigen

Zwar sei die Zahl der Verfahren insgesamt gegenüber 2008 fast gleich geblieben, aber die Zahl der Klagen, die das Asylrecht betreffen, habe sich gegenüber 2006 fast halbiert. Das berichtete die Stuttgarter Zeitung am 15. April: Demnach sind 2009 4572 Klagen beim Stuttgarter Verwaltungsgericht eingegangen, etwa gleich viele wie im Jahr zuvor. Die Zahl der Verfahren, die das Asylrecht betrafen sank dagegen auf 778, etwa halb so viele wie 2008. 32,7 % der Asylverfahren seien erfolgreich gewesen

[Zur Pressemitteilung des VG Stuttgart.](#)

9. BAG Asyl in der Kirche gibt Materialien für den 20.06.2010 heraus

Der 20. Juni 2010, internationaler Flüchtlingsrat, wird in diesem Jahr im Rahmen des Jahres der Europäischen Kirchen für Migration 2010 erstmalig als Tag der Fürbitte und des Gedenkens an die Toten an den Grenzen der EU begangen.

Als Anregung dazu haben wir Fürbitten formuliert, gottesdienstliche Gestaltungsmöglichkeiten zusammengestellt und mit Hintergrundinformationen ergänzt. Die Materialsammlung wurde herausgegeben von CCME - Churches' Commission for Migrants in Europe und von der Ökumenischen Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche. In Kürze wird sie in mehreren Sprachen vorliegen.

Wir freuen uns über Verbreitung und Verwendung der Materialien!

Verena Mittermaier

Zur [Materialsammlung](#) zum Tag der Fürbitte und des Gedenkens an die Toten an den Grenzen der EU.

10. "Europa lässt einsperren" - Bericht von Gabriele del Grande über libysche Gefangenenlager

Im amnesty-Journal Februar 2010 berichtet Gabriele del Grande über Flüchtlinge, die auf ihrer Flucht südlich von Lampedusa festgenommen und von italienischen Patrouillen nach Libyen zurückgedrängt worden sind. Was geschieht mit den Flüchtlingen in Libyen? Der Autor hat selbst vor Ort recherchiert: Er berichtet von Inhaftierung, Folterungen und Vergewaltigungen durch die Polizei, die z. T. selbst am "Verkauf" der Flüchtlinge an die Schlepper mitverdient.

Seit Beginn der Zurückdrängungen nach Libyen durch italienische Patrouillen ist die Zahl der Flüchtlinge, die übers Meer nach Italien gelangen, um 90 % zurückgegangen.

Zum [Artikel im amnesty Journal 02-03/2010.](#)

11. Neue Einträge auf roma-kosovoinfo.com

wir möchten Sie auf folgende neue Einträge auf www.roma-kosovoinfo.com hinweisen:

Nachrichten:

15. April 2010

Deutschland und Kosovo unterzeichnen Rückübernahmeabkommen

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und sein kosovarischer Amtskollege Bajram Rexhepi haben am 14. April 2010 in Berlin ein Abkommen unterzeichnet, welches die wechselseitige Rückübernahme ausreisepflichtiger Personen aus dem Gebiet der jeweils anderen Vertragspartei regelt.

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=251&Itemid=1

8. April 2010

Oster-Appell 2010: Roma vor Abschiebungen schützen

In einem Oster-Appell haben sich prominente Unterzeichner an die Innenminister von Bund und Ländern gewandt und die Beendigung von Abschiebungen ins Kosovo gefordert. Als Erstunterzeichnende haben Prof. Dr. Christian Schwarz-Schilling, ehemaliger Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina und Claudia Roth, Bundesvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am heutigen Internationalen Tag der Roma erklärt: Eine Rückkehr in Würde ist für Roma nicht möglich. Außerdem seien viele in die Bundesrepublik geflohene Roma bei uns mittlerweile gut integriert - obwohl ihnen jahrelang ein Aufenthaltstitel verwehrt blieb. "Die bereits angelaufenen Abschiebungen zerstören den Zusammenhalt und das Glück vieler Familien, sie zerstören die beruflichen Perspektiven besonders der jungen Leute, für die diese Abschiebung die erste Vertreibung ihres Lebens ist", heißt es in dem Appell, der hier herunter geladen werden kann:

http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/NEWS/2010/Oster-Appell_2010.pdf

25. Februar 2010

Pro Asyl: Bundesregierung will weder Not noch Diskriminierung von Roma im Kosovo sehen

Übereinstimmend sehen unabhängige internationale Beobachter und Organisationen die Lage der Minderheiten der Roma, Ashkali und Ägypter im Kosovo als extrem kritisch an. Sie verlangen zumindest eine Aussetzung der Abschiebungen aus westeuropäischen Staaten. Ganz anders die Bundesregierung. Die sieht keinen Grund, ihre Abschiebepaxis in Zweifel zu ziehen. Dies ergibt sich laut Pro Asyl aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen im Bundestag (BT-Drucksache 17/ 692).

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=248&Itemid=1

23. Februar 2010

UNICEF besorgt über die Situation der Roma-Kinder im Kosovo

(UNICEF) Anlässlich des zweiten Jahrestages der Unabhängigkeit des Kosovo hat UNICEF auf die extrem schwierige Lebenssituation und mangelnde Integration von Roma-Kindern in dem noch immer vom Bürgerkrieg gezeichneten Land aufmerksam gemacht. "Abschiebungen in den Kosovo bedeutet für viele Roma aus Deutschland Abschiebung in die Fremde und ins Elend", so die Europaabgeordnete Barbara Lochbihler (Grüne), die auch Mitglied des Deutschen Komitees für UNICEF und in den vergangenen Tagen den Kosovo besucht hat. "Vor allem Kindern wird hier die Zukunft verbaut. Sie leiden enorm unter den katastrophalen Bedingungen in den Flüchtlingslagern und Roma-Siedlungen. Als 'Zigeuner' werden sie sowohl von der albanischen als auch von der serbischen Bevölkerung geschnitten. Entsprechend schwierig ist ihr Zugang zum regulären Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen."

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=247&Itemid=1

22. Februar 2010

Menschenrechtskommissar Hammarberg: Europäische Migrationspolitik diskriminiert Roma

Die europäischen Regierungen behandeln Roma nicht auf die selbe Weise wie andere Migranten, die sich in derselben Situation befinden, so der Kommissar für Menschenrechte des Europarats, Thomas Hammarberg. Hammerberg kritisierte erneut die Abschiebungen von Roma in den Kosovo (engl.).

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=249&Itemid=1

Medienspiegel:

Council of Europe calls deporting refugees back to Kosovo irresponsible, Deutsche Welle, 15.4.2010

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,5469539,00.html>

Abgeschobene kehrt zurück. Die 22-jährige Roma Elvira Gashi ist aus dem Kosovo nach Wolfsbüttle zurückgekehrt - auf Beitreiben aller Parteien des Landkreises, die sich damit gegen die Politik des niedersächsischen Innenministerst stellten, in: die tageszeitung, 8.4.2010

<http://www.taz.de/1/nord/artikel/1/abgeschobene-kehrt-zurueck/>

UNHCR:Returns to Kosovo halted, B92, 5 April 2010

http://www.b92.net/eng/news/politics-article.php?yyyy=2010&mm=04&dd=05&nav_id=66264

Some returnees still struggling in Kosovo, KIJAC NewsNet, 17 March 2010

<http://www.kijacnews.net/vnews/display.v/ART/2010/03/17/4b99242f41ff7>

Experts Call for Pollution Probe in Northern Kosovo, balkaninsight, 15 March 2010

<http://www.balkaninsight.com/en/main/news/26561/>

Kein Land in Sicht im neuen Staat, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. März 2010

<http://www.faz.net/s/RubA24ECD630CAE40E483841DB7D16F4211/Doc~EDAF979BCDEE04940B84216967607DC30~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

"Scandalous treatment of Roma in Kosovo" - Council of Europe Human Rights Commissioner Thomas Hammarberg called for an end to forcible return of Roma to Kosovo, B92, 16 February 2010

http://www.b92.net/eng/news/society-article.php?yyyy=2010&mm=02&dd=16&nav_id=65233

Kosovo's Lead Camps to be Closed, balkaninsight, 24 February 2010

<http://www.balkaninsight.com/en/main/news/26106/>

Deutschland schiebt weiter Roma in das Kosovo ab, Telepolis, 21.2.2010

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/32/32128/1.html>

Europarats-Kommissar empört über Roma-Lager im Kosovo, AFP, 13.2.2010

http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5jOUNoq-AhQVUr5G_zFhjeRE_xFeQ

Dokumente

U.S. State Department: 2009 Human Rights Report - Kosovo

<http://www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2009/eur/136039.htm>

Dokumentation: Schnappschüsse für ein Bleiberecht. Münster protestiert gegen die Abschiebung seiner 302 Roma in den Kosovo

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=98&Itemid=

Antwort der Bundesregierung auf Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Rückführungen in das Kosovo, 11.2.2010

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=97&Itemid=

Antrag der Fraktion DIE LINKE: In historischer Verantwortung - Für ein Bleiberecht der Roma aus dem Kosovo, 23.2.2010

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=96&Itemid=

Anna Striethorst und Manuela Kropf: Recherchereise, 17.-22.12.2009

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_docman&task=doc_download&gid=99&Itemid=

Heft der Flüchtlingsräte 2010: Antiziganismus (darin auch mehrere Artikel über Situation von Roma im Kosovo und der Roma-Flüchtlinge in Deutschland)

www.nds-fluerat.org/wp-content/.../2010/03/Heft-der-Flüchtlingsräte1.pdf

Audio

Welt-Roma-Tag: Zur Lage der Roma-Flüchtlinge aus dem Kosovo in Deutschland - Gespräch mit Tilman Zülch (GfbV), SWR International, 8.4.2010

<http://www.swr.de/international/de/-/id=233334/did=6226762/pv=mplayer/vv=popup/nid=233334/1wsv6kd/index.html>

Video

ZDF-Mittagsmagazin am Internationalen Tag der Roma zu Abschiebungen von Roma in den Kosovo, 8.4.2010

http://www.roma-kosovoinfo.com/index.php?option=com_content&task=view&id=191&Itemid=42

17. Termine

Plenen des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg in Stuttgart, Friedensgemeindehaus:

12.06.2010

23.10.2010

24.-26.09.2010, **Bad Boll:** Flucht und Migration durch Klimawandel - eine globale Herausforderung.

Tagung in Zusammenarbeit mit Brot für die Welt, Ev. Akademien Bad Boll und Baden, Pro Asyl.

Klimakriege, die völkerrechtliche Stellung von "Klimaflüchtlingen", Auswirkungen des Klimawandels: Zu diesen Themen sollen politische Forderungen und Vorschläge für politische Akteurinnen und Akteure sowie für Nichtregierungsorganisationen formuliert werden. Das Ziel der Tagung ist, Kriterien für einen menschenwürdigen Umgang mit "Klimaflüchtlingen" und zu ihrem Schutz zu entwickeln.

Das Tagungsprogramm erscheint in Kürze. [Anmeldung](#) ist bereits jetzt möglich.

Fortbildungsprogramm des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg: Unsere Referentinnen und Referenten kommen mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für die Durchführung weiterer Vorträge/Veranstaltungen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrates.

Weitere Termine in Baden-Württemberg

27.04.2010, 20 Uhr, Jubez **Karlsruhe**, Kronenplatz 1: Veranstaltung zur Kampagne "Deportation Airpark" gegen Abschiebungen vom Baden-Airpark (siehe Punkt 3 dieses E-Mail-Newsletters).

07.05.2010, ab 7.30 Uhr, **Karlsruhe**: Mahnwachen im Rahmen der Kampagne "Deportation Airpark" vor dem RP Karlsruhe, Schlossplatz 1-3 und der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge, Durlacher Allee 100.

08.05.2010, 14 Uhr, **Karlsruhe**: "Deportation Airpark - Kampagne gegen Abschiebungen". Zentrale Demonstration gegen Abschiebungen. Siehe Punkt 2 dieses E-Mail-Newsletters.
Weitere Infos und aktueller Aufruf zur Kampagne ["Deportation Airpark"](#)

07.06.2010, 20 Uhr, **Nürtingen**, Alte Seegrasspinnerei, Plochinger Straße 14: Kamal Sido, Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker: Das Nato-Land Türkei: Wie geht es mit den Kurden um? Auswirkungen und Folgen für Flüchtlinge in Deutschland.

Sonstige Termine, bundesweit:

12.-14.04.2010, Ev. Akademie Hofgeismar: Betreuung von Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen in Deutschland. 14. Frühjahrstagung Bundesfachverband UMF. Anmeldung und weitere Infos: Bundesfachverband UMF, H. Espenhorst, Tel.: 089 202414-13, [Zum Programm](#).

04.-06. Juni 2010: Karawane-Festival in **Jena**: "Vereinigt gegen koloniales Unrecht - In Erinnerung an die Gestorbenen der Festung Europa". [Weitere Infos](#).

20.06.2010: Weltflüchtlingstag

26.06.2010: Internationaler Tag zur Unterstützung der Folteropfer

30.08.2010: Aktionstag gegen Abschiebungen

20.09.2010: Weltkindertag

26.09.2010-02.10.2010: [Interkulturelle Woche](#)

01.10.2010: Tag des Flüchtlings

25.11.2010: Internationaler Tag "Nein zu Gewalt an Frauen"

10.12.2010: Tag der Menschenrechte